



aus Wiesbaden

Nr. 21 – Februar 2005

*Liebe Genossinnen und Genossen,
die wahlkampflose Zeit ist vorbei. Die Offenbacher SPD startet mit dem Beginn des Jahres 2005 in zwei Wahlkämpfe, deren Ausgang nicht nur für unsere Partei sondern auch für die Entwicklung unserer Stadt von entscheidender Bedeutung ist. Für die Oberbürgermeisterwahl am 11. September scheint die örtliche CDU alles daranzusetzen, sich selbst frühzeitig aus dem Rennen zu schießen. Zumindst hat der Kreisvorsitzende bei seiner missglückten Kandidatenfindung bisher kein Fettnäpfchen ausgelassen. Das lässt uns Zeit, unsere Kräfte auf den bevorstehenden Wahlkampf und auf die zu Beginn des kommenden Jahres stattfindende Kommunalwahl zu konzentrieren. Euch und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2005 wünscht*

*Heike Habermann
Landtagsabgeordnete*

Pleitegeier über Hessen

Die sogenannte Operation sichere Zukunft sollte den Landeshaushalt um 1 Milliarde Euro entlasten. In der Folge führte sie nicht nur zu unverantwortlichen Kürzungen und Stellenstreichungen im Sozialbereich, bei Polizei, Justiz und Schulen. Sie hat auch offensichtlich ihr Ziel nicht erreicht und führt wegen falscher Sparansätze zukünftig zu höheren Kosten. Fehlende Stellen für Polizeibeamte erschweren eine wirksame Prävention, fehlende Lehrer verhindern bessere Qualität an den Schulen. Die Kürzungen bei Beratungsstellen und sozialer Infrastruktur bedeuten weniger Hilfe und Prävention für die Betroffenen und werden Sozialausgaben mittelfristig erhöhen. Doch die Verschuldung des Landes schreitet trotzdem unaufhörlich fort. Zum vierten Mal in Folge hat die Hessische Landesregierung einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt, die Neuverschuldung erreichte eine Höhe von 1,85 Milliarden Euro. Und auch die Kommunen mussten wieder für die verfehlte Haushaltspolitik bluten

Um ein kurzfristig entstandenes 110-Millionen-Euro-Haushaltsloch bedingt durch Steuerausfälle zu decken, wurde kurzerhand die Axt bei den Kommunen angesetzt und der Kommunale Finanzausgleich um 92 Millionen Euro gekürzt. Für die Haushaltslöcher von Finanzminister Weimar müssen einmalmehr Städte und Gemeinden bluten.

Si tacuisses*

Besonders professionell war er nicht, der Kandidatenfindungsprozess des CDU-Kreisvorsitzenden Grüttner zur OB-Wahl im September. Gerade eine Woche lang hatte die Offenbacher CDU eine OB-Kandidatin, die ihr Vorsitzender mit geradezu

überschwänglichem Lob der Presse, bevor er eine Woche später schon kleinlaut ihren Rückzug kommentieren musste. Innerhalb dieser einen Woche erfuhr die staunende Öffentlichkeit (und die Offenbacher CDU), dass der Staatsminister nicht nur einer völligen Fehleinschätzung über die staatsanwaltlichen Ermittlungen Kandidatin unterlegen war. Wo ihn zum Grübeln hätte bringen der Vorstellung in Offenbach den Verlautbarungen der Presse denn beide Ehepartner haben erklärt, dass er ihnen nicht gehöre. Aber dann gab der Staatsminister auch noch öffentlich bekannt, dass die Trennung zwischen Staat und Partei bei der Hessischen CDU offensichtlich nur noch verschwommen wahrgenommen wird. Wie sonst hätte der Kreisvorsitzende der CDU in einem Gespräch mit dem Staatssekretär im Justizministerium „verifizieren“ können, dass gegen seine Kandidatin nicht ermittelt wird? Es darf bezweifelt werden, dass die Auskunftsfreudigkeit des Justizministeriums sich auch auf Nicht-CDU-Mitglieder über Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft bezieht. Der Vorgang ist ein Skandal, doch wäre er unbemerkt geblieben, wenn Herr Grüttner in seiner Selbstherrlichkeit sich damit nicht auch noch in der Presse gerühmt hätte. So aber gilt: *Wenn du geschwiegen hättest



Umbaufreuden

Seit Januar wird im Landtag umgebaut und der alte Plenarsaal entkernt. In letzter Minute identifizierte die Abgeordnete Ruth Wagner das steinerne Relief des Hesselöwen an der Wand des Saals als Kunstwerk. Die FDP veranlasste mit einem Haushaltsantrag unverzüglich seine Rettung. So wurde das steinerne Monstrum in seine Einzelteile zerlegt und wartet nun darauf, an einem anderen Ort wieder zusammengepuzzelt zu werden. Zwei Jahre lang muss der Landtag ohne Plenarsaal auskommen und tagt nun im Rathaus der Stadt Wiesbaden. Wo sonst 81 Stadtverordnete sitzen müssen sich nun 110 Landtagsabgeordnete in sehr intimer Atmosphäre den Platz teilen. Bei der CDU herrscht besonderer Druck zur Pünktlichkeit, da es für drei ihrer Fraktionsmitglieder zwar eine Sitzgelegenheit aber keine dazugehörige Ablagefläche für ihre Akten und Tageszeitungen gibt. Zur Vermeidung von interfraktionellen Kränkungen verzichtete die Fraktionsführung (außer für sich selbst) auf eine Sitzordnung. Auch für die Minister gab es in der ersten Magistratsbank einen Platz zu wenig. Einer musste in die zweite Reihe. Wen wundert es, dass es den von der Presse zum „Minister der Patzer“ ernannten und wohlbekannten CDU-Kreisvorsitzenden Grüttner traf. Wohl aus Gründen der Kabinettsdiplomatie wurde auch der Minister für Europaangelegenheiten Riebel in die Bank der Staatssekretäre verbannt – aber der ist ohnehin fast nie da. Ansonsten geht es zu wie im Theater. Wer in der Mitte einer Reihe sitzt, muss erst seine Nachbarn zum Aufstehen bewegen, bevor er sich niederlassen kann. Die Akustik ist vergleichbar mit dem Lärmpegel einer Innenstadt-Kneipe nach Feierabend. Schade, dass Offenbach nicht Landeshauptstadt ist, unser Stadtverordnetensitzungssaal ist nämlich größer!

